

Organspende: Bundestagsabgeordnete diskutierten am Uniklinikum Würzburg

Zustimmungs- oder Widerspruchslösung? Bundestagsabgeordnete berieten sich mit Experten des Uniklinikums Würzburg und einem Betroffenenvertreter über die Zukunft der Organspende in Deutschland.

Nur 36 Prozent der Deutschen besitzen einen Organspendeausweis. Die Zahl der gespendeten Organe deckt den Bedarf in Deutschland bei weitem nicht ab. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn strebt deshalb eine „doppelte Widerspruchslösung“ an. Demnach sollen alle Volljährigen als Organspender gelten, ein Widerspruch ist aber jederzeit durch den Betroffenen oder seine nächsten Angehörigen möglich. Bisher sind Organentnahmen nur bei ausdrücklich erklärter Zustimmung erlaubt. Der Gesetzentwurf der Neuregelung wird kontrovers diskutiert – auch am Uniklinikum Würzburg (UKW). So trafen sich am 2. Dezember dieses Jahres die Bundestagsabgeordneten Sabine Dittmar, Paul Lehrieder und Prof. Dr. Andrew Ullmann mit Experten des Klinikums zu einer Gesprächsrunde zu diesem Themenkomplex. Von Seiten der Betroffenen nahm Heiner Röschert teil, der seit dem Jahr 2016 einem Netzwerk für Angehörige von Organspendern vorsteht.

Die Teilnehmer/innen tauschten in einer lebhaften Diskussion ihre Argumente für und gegen die Zustimmungs- und die Widerspruchslösung aus. Konsens bestand in dem Wunsch nach einem Rahmen, in dem sich jede/r Einzelne zur Organspende positioniert – ansonsten werden die Angehörigen zur Entscheidung gezwungen.

„Wir freuen uns immer, wenn sich Politikerinnen und Politiker gerade bei so wichtigen gesundheitspolitischen Weichenstellungen für unsere praxisnahen Perspektiven interessieren“, betont Prof. Dr. Georg Ertl, der Ärztliche Direktor des UKW, und fährt fort: „Dabei hoffen wir, dass wir stichhaltige Argumente liefern und zu profunden Entscheidungen beitragen können.“

Die zweite und dritte Lesung des aktuellen Gesetzentwurfes wird für die erste Sitzungswoche des Bundestages im Januar 2020 erwartet.

Bildunterschrift:

Diskussionsrunde Organspende.jpg

Die Bundestagsabgeordneten Sabine Dittmar, Prof. Dr. Andrew Ullmann und Paul Lehrieder (von links) diskutierten mit Experten des Uniklinikums Würzburg sowie dem Angehörigenvertreter Heiner Röschert (5. v. l.) über Pro und Contra der vorgeschlagenen doppelten Widerspruchslösung bei der Organspende.

Bild: Angelika Cronauer

Anstalt des Öffentlichen Rechts

Stabsstelle Kommunikation
Universitätsklinikum Würzburg
Susanne Just, Rita Börste
Josef-Schneider-Straße 2, Haus D3
97080 Würzburg

E-Mail: presse@ukw.de
Telefon: +49 (0)931 / 201-59447
Fax: +49 (0)931 / 201-6059447
www.ukw.de

Hinweis zum Datenschutz:
Die Informationen des UKW nach Art. 13 und 14 DSGVO erhalten Sie unter www.ukw.de/recht/datenschutz, auf Anfrage auch in Papierform.

